

## Versorgungssicherheit

# Importe sichern den Strombedarf

**[04.07.2019] Der aktuelle Monitoringbericht des BMWi zur Sicherheit der Stromversorgung zeichnet ein optimistisches Bild. Branchenverbände widersprechen.**

Peter Altmaier (CDU) hat den aktuellen Monitoringbericht zur Versorgungssicherheit im Bereich Elektrizität vorgelegt. Der Bundeswirtschaftsminister erklärte: „Der Bericht zeigt, dass die Stromverbraucher in Deutschland auch beim weiteren Umbau unserer Energieversorgung sicher mit Elektrizität versorgt werden können. Die Versorgungssicherheit in Deutschland ist im internationalen Vergleich weiterhin sehr hoch.“ Stefan Kapferer, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), kommentiert den Monitoringbericht weniger optimistisch: „Der Monitoringbericht zeigt erneut, dass die Bundesregierung zur Absicherung der hohen Versorgungssicherheit künftig zunehmend auch auf den Import von Strom setzt.“ Auch der BDEW sehe im EU-Binnenmarkt für Strom einen wichtigen Pfeiler der Versorgungssicherheit. „Wir sollten uns jedoch nicht darauf verlassen, dass wir künftig in bestimmten Zeiten hoher Stromnachfrage immer Strom aus anderen EU-Ländern importieren können: Fast überall in Europa sollen gesicherte Stromerzeugungskapazitäten vom Netz genommen werden, wie eine BDEW-Analyse im vergangenen Jahr gezeigt hat“, sagt Kapferer und plädiert für den Bau neuer Gaskraftwerke und einen beschleunigten Netzausbau.

### **Drahtseilakt ohne Sicherungsnetz**

Für Katherina Reiche, Hauptgeschäftsführerin des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU), hat der Bericht des Bundeswirtschaftsministeriums wenig Aussagekraft. Sie fordert eine Weiterentwicklung des Monitorings. „Das bestehende, auf Wahrscheinlichkeiten basierende Monitoring, reicht für die Herausforderungen der anstehenden Transformation nicht aus. Sinnvoll ist eine Erweiterung um einen risikoorientierten Ansatz in Form eines Stresstests, der auch Ausnahmesituationen simuliert“, so Reiche. Zudem sollte ein künftiges Monitoring genauere Erkenntnisse über den zu erwartenden Zubau von Erzeugungskapazitäten, die mögliche Zunahme der Spitzenlast aufgrund neuer elektrischer Verbraucher sowie eine Messung der Versorgungsqualität beinhalten. Reiche fordert: „Die Weiterentwicklung des Monitorings muss im Energiewirtschaftsrecht verankert werden. Eine gesetzliche Festlegung des Kohleausstiegs, ohne gleichzeitig eine risikoorientierte Überwachung der Versorgungssicherheit festzuschreiben, ist wie ein Drahtseilakt ohne Sicherungsnetz.“

### **Ergebnisse des Monitoringberichts**

Eine wesentliche Grundlage des Monitoringberichts ist ein Gutachten, das ausführlich untersucht, wie sich der Strommarkt und die verfügbaren Kraftwerke in den nächsten Jahren bis 2030 entwickeln. Das Papier kommt unter anderem zu folgenden Ergebnissen:

Die Verbraucher können jederzeit sicher versorgt werden. Die Stromnachfrage in Deutschland kann in allen untersuchten Szenarien bis 2030 zu 100 Prozent gedeckt werden. Dies gilt auch für ein Szenario, welches einen verstärkten Rückgang der Kohleverstromung in Deutschland berücksichtigt, um das Klimaschutzziel der Energiewirtschaft für 2030 zu erreichen.

Das europäische Stromversorgungssystem weist weiterhin deutliche Überkapazitäten auf. Konventionelle Kraftwerke im Umfang von 80 bis 90 Gigawatt können bis 2030 nach und nach reduziert werden, ohne

dass das Niveau der Versorgungssicherheit im europäischen Stromsystem beeinträchtigt wird. Aus Gründen fehlender Wirtschaftlichkeit werden diese Überkapazitäten in Zukunft nach und nach abgebaut. Länderübergreifende Ausgleichseffekte bei der Einspeisung erneuerbarer Energien, dem Stromverbrauch, und der Verfügbarkeiten von Kraftwerken helfen, die Verbraucher in Europa zu geringeren Kosten mit Strom zu versorgen. Diese Ausgleichseffekte belaufen sich auf rund 50 bis 60 Gigawatt im Jahr 2030.

(al)

Monitoringbericht zur Versorgungssicherheit (PDF, 5 MB)

Stichwörter: Politik, BDEW, BMWi, Versorgungssicherheit, VKU